

**Fachausschusssitzung „Integration, Kultur, Arbeit und Wirtschaft“ des
Stadtteilbeirates Gröpelingen vom 10.03.2021
Online-Sitzung**

Protokoll

XIII/01/2021

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 20.45 Uhr

Anwesend sind:

FA „Arbeit, Wirtschaft, Umwelt und Häfen“

Mehmet Genç	CDU	Stefan Kliesch	parteilos
Birgit Erdogan	SPD	André Zeiger	FDP
Rolf Heide	SPD	Pierre Hansen (vertr.)	SPD
Johannes Busker	Bd. 90/Die Grünen		
Stefan Heins	parteilos		

An der Teilnahme sind verhindert:

Swen-Björn Grupe	SPD
Rosemarie Kwidzinski	BiW

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss der Tagesordnung und Themenspeicher

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIII/05/20 v. 02.12.2020

TOP 3: Lokale Arbeitsmarktlage in Gröpelingen 2020/2021
dazu: Frau Barbara Rode / Leiterin Jobcenter West

TOP 4: Planungsfläche Reitbrake – Gedenkstätte - Gewerbe
dazu: Frau Prof. Dr. Uta Halle / Landesarchäologin
Herr Dr. Iven Krämer / Senatorin für Wissenschaft und Häfen
Herr Holger Bruns / bremenports

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

Nicht öffentlich:

TOP 7: Globalmittelentscheidung

TOP 8: Wahl des Ausschusssprechers

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss der Tagesordnung und Themenspeicher

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Die Tagesordnung wird um einen TOP im nichtöffentlichen Teil erweitert: „Wahl des Ausschusssprechers“. Einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIII/05/20 v. 02.12.2020

Das o.b. Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Lokale Arbeitsmarktlage in Gröpelingen 2020/2021

Zu der aktuellen Arbeitsmarktlage im Stadtteil führt Frau Rode aus, dass den Corona-Rahmenbedingungen zum Trotz, die Zahl von Leistungsberechtigten in toto abgenommen habe. Allerdings lässt sich eine Binnendifferenzierung zwischen den Bezugsgruppen verzeichnen. Die ALG-EmpfängerInnengruppe der alleinerziehenden Frauen ist durch die Pandemie und den damit verbundenen Lockdown und im Zeichen der Schulschließungen besonders hart getroffen worden.

Ein neu aufgelegtes Projekt in Kooperation mit der WABEQ erarbeitet speziell für diesen Personenkreis Perspektiven der Wiedereingliederung.

Eine weitere besondere Herausforderung stellt aus Sicht des Jobcenters die Eingliederung von EU-Bürgern aus Bulgarien dar. Im Gegensatz zu der Gruppe der Geflüchteten, die in der überwiegenden Zahl eine hohe Motivation an den Tag legt, versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse anzunehmen, gestaltet sich die Vermittlungstätigkeit unter den EU-II-Bürgern vielfach schwierig. Nicht selten verzeichnen die aktivierenden FallmanagerInnen eine unzureichende Motivation, sich aus dem Bezug von ALG-II-Leistungen herauszuarbeiten. Zur Optimierung des Managements ist der Aufbau eines eigenen Zentrums in Planung, das seine Aktivitäten auf diese Zielgruppe konzentriert und eine einheitliche Praxis bei der Abwicklung von Anträgen, der Motivierung, sich proaktiv in den Arbeitsmarkt zu integrieren und der Vermeidung missbräuchlicher Inanspruchnahme von staatlichen Leistungen anstrebt.

Zu den Arbeitsbedingungen in Pandemiezeiten führt Frau Rode aus, dass sich der Einzug digitaler Bearbeitungsformen in der Breite überraschend friktionsfrei vollziehe. In weiten Teilen beherrscht die Kundschaft die Handhabung digitaler Unterlagen und die Abwicklung gestaltet sich infolgedessen nun schneller und technisch zuverlässiger.

Auf dem Feld der Arbeitsvermittlung hingegen, ist die Beschränkung des vis-a-vis-Kontaktes zu den einzelnen KundInnen allerdings schwieriger geworden. Zwar hält auf diesem Gebiet in wachsendem Maße die Videotelefonie Einzug, allerdings bestehen vereinzelt dahingehend Vorbehalte, via Bildschirm zu viel aus der eigenen privaten Umgebung preiszugeben.

Der persönliche Kontakt wird allerdings auch in denjenigen Fällen ermöglicht, die eingehende Vermittlungsgespräche erforderlich machen. Der technische Aufwand, der sich in diesem Zusammenhang als unumgänglich erweist, wird in diesem Zusammenhang allerdings hervorgehoben.

Abschließend gibt Frau Rode bekannt, dass sie in Kürze die Leitung der Vermittlungszentrale für EU-BürgerInnen übernehmen wird und verabschiedet sich beim Fachausschuss, nicht ohne die Zusicherung, dass ihre Nachfolge in der Hausleitung auch künftig einmal jährlich über die lokale Arbeitsmarktlage in Gröpelingen Auskunft geben wird.

Wohlvollende Kenntnisnahme.

TOP 4: Planungsfläche Reitbrake – Gedenkstätte - Gewerbe

Bestandsunternehmen an der „Reitbrake“:

Im Beirat wurde die Besorgnis geäußert, dass sich mehrere ortsansässige Unternehmen in ihrem Bestand bedroht sehen könnten, wenn deren gepachtete Flächen an der Reitbrake perspektivisch für die Errichtung einer Bahnwerkstatt der LNVG umgenutzt werden.

Die anwesenden Vertreter der Hafenbehörde (Herr Dr. Krämer) und von bremenports (Herr Bruns) betonen, dass laufende Verhandlungen mit den betroffenen Betrieben bereits bestünden, um mögliche Härtelagen abzufedern. Insofern sei davon abzusehen, diesen Gesprächen in öffentlicher Befassung vorzugreifen.

Von „existenzbedrohenden Lagen“ kann in diesem Zusammenhang allerdings keinesfalls die Rede sein. Kenntnisnahme.

Gedenkstätte „Russenfriedhof“:

Aufgrund der unklaren Sachlage, ob auf dem Gelände des sog. „Russenfriedhofs“ noch sterbliche Überreste sowjetischer Kriegsgefangener aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges ruhen, wurde die Landesarchäologie mit entsprechenden Untersuchungen beauftragt.

Bislang war davon auszugehen, dass sämtliche Leichname in den Ehrenhain auf dem Osterholzer Friedhof überführt worden sind.

Die jüngst aufgebrachten Zweifel, ebenso der Umstand, dass die Fläche in den potentiellen Einzugsbereich der künftigen Bahnwerkstatt fiel, boten den Anlass, die Landesarchäologie einzuschalten.

Somit werden Untersuchungen unter Beiziehung von AnthropologInnen auf dem Gelände durchgeführt und Frau Prof. Halle betont, dass diese ergebnisoffen und ohne Zeitdruck erfolgen.

Kenntnisnahme.

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Es liegen hierzu keine Entscheidungen vor.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

Es wird mitgeteilt, dass auf den Beschluss „Umweltwächter auch in Gröpelingen einsetzen!“ (gefasst auf der Beiratssitzung am 10.02.2021) derzeit innerhalb des Umweltressorts Abstimmungsgespräche erfolgen und eine Stellungnahme in Kürze erfolgt. Die Umsetzungschancen des Begehrens werden durch das Ressort dabei optimistisch eingeschätzt.
Kenntnisnahme.

Vorsitz/Protokoll:

FA-Sprecher:

Ingo Wilhelms

Stephan Heins